

Immobilienervicebetrieb der Stadt Bielefeld
Handelsregister: HRA 14095, Amtsgericht Bielefeld

Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr vom
1. Januar 2016 bis zum 31. Dezember 2016

Anhang

I. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16.11.2004, zuletzt geändert durch Artikel 26 des Gesetzes vom 8. Juli 2016 (GV. NRW. S. 559) und den Bestimmungen des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches (HGB) aufgestellt. Das Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG) wurde erstmalig auf den Jahresabschluss 2016 angewandt.

Form und Gliederung der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung sowie des Anlagennachweises entsprechen den Vorschriften des HGB, ergänzt um die Vorschriften der Verordnung über Formblätter für die Gliederung des Jahresabschlusses von Wohnungsunternehmen.

Die Wertansätze der Schlussbilanz zum 31.12.2015 wurden unverändert übernommen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

II. Angaben zu den Positionen von Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung bezüglich Ausweis, Bilanzierung und Bewertung

A. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die in der Bilanz ausgewiesenen Grundstücke sind, soweit sie aus der Einlage der Stadt Bielefeld stammen, in Anlehnung an die Bodenrichtwerte angesetzt. Zugänge sind mit den Anschaffungskosten bewertet. Die Gebäude wurden nach allgemein anerkannten Bewertungsverfahren (i.d.R. Sachwertverfahren, ausnahmsweise Ertragswertverfahren) bewertet. Zugänge werden mit den Anschaffungskosten zuzüglich Erwerbsnebenkosten abzüglich Skonti aktiviert. Auf das abnutzbare Sachanlagevermögen wurden die nach § 253 Abs. 3 HGB notwendigen Abschreibungen vorgenommen. Die planmäßigen Abschreibungen erfolgen grundsätzlich nach der linearen Abschreibungsmethode. Die Nutzungsdauern des Sachanlagevermögens sind wie folgt festgelegt:

Gebäude und Brücken (massiv)	40-80 Jahre
Außenanlagen	10-30 Jahre
Bauten auf fremden Grundstücken	40-80 Jahre
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1-15 Jahre

Für verschiedene Immobilien wurden außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert zum Bilanzstichtag vorgenommen.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden mit den Nennwerten ausgewiesen. Erkennbare Einzelrisiken wurden durch Wertberichtigungen berücksichtigt. Dem allgemeinen Ausfall- und Kreditrisiko wurde durch eine Pauschalwertberichtigung ausreichend Rechnung getragen.

Die flüssigen Mittel sind zum Nennwert bilanziert.

Die Bilanzierung des Eigenkapitals erfolgt zum Nominalwert.

Für Investitionszuschüsse wurde ein Sonderposten gebildet. Der Sonderposten wird entsprechend gesetzlicher Regelungen fortgeführt und analog der Nutzungsdauern der bezuschussten Gegenstände aufgelöst.

Die Rückstellungen für Pensionen, für Beihilfen und für Altersteilzeit wurden mit dem nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelten Teilwert auf der Basis eines Rechnungszinsfußes von 5 % und den „Richttafeln 2005 G“ von Klaus Heubeck angesetzt. Die Durchführungshinweise zur Bewertung von Pensionsrückstellungen (Runderlass des Ministeriums für Inneres und Kommunales - 34 - 48.01.02/30 - 244/16 - vom 17. Februar 2016) wurden beachtet.

Bei den sonstigen Rückstellungen sind die erkennbaren Risiken berücksichtigt. Die Dotierung erfolgte in Höhe der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Beträge. Die Verbindlichkeiten sind mit den Erfüllungsbeträgen passiviert.

Entsprechend dem neuen Gliederungsschema für die Gewinn- und Verlustrechnung entfällt das bisherige Zwischenergebnis „Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit“. Neu hinzugekommen ist das Zwischenergebnis „Ergebnis nach Steuern“. Ein außerordentliches Ergebnis wurde in 2016 wie auch im Vorjahr nicht ausgewiesen. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit belief sich im Vorjahr auf 7.788.387,51 €.

B. Angaben zur Bilanz

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist im Anlagennachweis dargestellt.

Bei den Sachanlagen wurden in Höhe von 4.982.578,18 € außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen. Unter anderem ergaben sich Abwertungsbedarfe bei den Bodenwertansätzen, da die tatsächliche dauerhafte Nutzung von einigen Grundstücken von ihrer bei der Erstbewertung zugrunde gelegten Nutzung abweicht. Des Weiteren wurden außerplanmäßige Abschreibungen an Gebäuden vorgenommen, die stark sanierungsbedürftig sind.

Der Wert der im Bau befindlichen Anlagen belief sich zum 31.12.2016 auf 5.348.120,54 €. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um die Sanierung der Bürgerberatung im Neuen Rathaus (1.710 T€), den Neubau der Sporthalle Alm (812 T€), die Sanierung der Sporthalle Grundschule Stieghorst (517 T€), die Sanierung der Sportanlage Quelle (301 T€), den Erweiterungsbau der Grundschule Rußheide (299 T€) sowie weitere Neubau- und

Sanierungsmaßnahmen in Feuerwehrgerätehäusern, Schulen, Kindertageseinrichtungen und Sporthallen. Diese Maßnahmen werden im Folgejahr fortgesetzt.

Unter den Vorräten werden – entsprechend § 2 Abs. 2 Satz 2 der Verordnung über Formblätter für die Gliederung des Jahresabschlusses von Wohnungsunternehmen – noch nicht abgerechnete Betriebskosten ausgewiesen.

Die Forderungen gegenüber der Stadt Bielefeld enthalten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 4.603 T€ (Vorjahr 5.480 T€). Diese bestehen maßgeblich aus Zuschüssen für Sanierungsmaßnahmen an Schulgebäuden (2.071 T€) und Zuschüssen für Maßnahmen nach dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (485 T€).

Das Stammkapital ist voll eingezahlt und beträgt unverändert 154.000.000 €.

Die Allgemeine Rücklage hat sich wie folgt entwickelt:

	€
Stand 1.1.2016	299.610.993,97
Zuführung aus dem Jahresüberschuss 2015	324.831,42
Umbuchung aus der Zweckgebundenen Rücklage	3.848.110,22
Endstand 31.12.2016	303.783.935,61

Die Zweckgebundene Rücklage hat sich wie folgt entwickelt:

	€
Stand 1.1.2016	906.229,11
Zuführung aus dem Jahresüberschuss 2015	6.000.000,00
Umbuchung in die Allgemeine Rücklage	- 3.848.110,22
Endstand 31.12.2016	3.058.118,89

Entsprechend dem Beschluss des Rates der Stadt Bielefeld vom 30.06.2016 wurde aus dem Jahresüberschuss 2015 ein Betrag in Höhe von 6,0 Mio. € in die Sonderrücklage gemäß § 10 Abs. 3 EigVO NRW zur Herrichtung von Immobilien für Wohnraumzwecke u.a. zur Unterbringung von Flüchtlingen eingestellt. Im Wirtschaftsjahr 2016 wurde die Sonderrücklage in Höhe von 3.848.110,22 € zweckentsprechend verbraucht und in die Allgemeine Rücklage umgebucht.

Der Jahresüberschuss 2016 beträgt 7.873.126,42 €. Hiervon soll der Sonderrücklage gemäß § 10 Abs. 3 EigVO NRW zur Herrichtung von Immobilien für Wohnraumzwecke u.a. zur Unterbringung von Flüchtlingen sowie zur Übernahme der SOLION-Bauten ein Betrag in Höhe von 5,0 Mio. € und für die Sanierung des Ratskellers ein Betrag in Höhe von 1,5 Mio. €

zugeführt werden. Von dem verbleibenden Betrag in Höhe von 1.373.126,42 € sollen 1,0 Mio. € planmäßig an den städtischen Haushalt abgeführt werden. Der Restbetrag in Höhe von 373.126,42 € soll der Allgemeinen Rücklage zugeführt werden.

Die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen und für Beihilfen im Krankheitsfall haben sich wie folgt entwickelt:

Stand 1.1.2016	Verbrauch/Auflösung	Zuführung/Aufzinsung	Stand 31.12.2016
22.369.694,00 €	1.531.986,88 € ¹	3.916.263,88 € ²	24.753.971,00 €

Der hohe Zuführungsbetrag ergab sich durch die Anwendung der Durchführungshinweise zur Bewertung von Pensionsrückstellungen (Runderlass des Ministeriums für Inneres und Kommunales - 34 - 48.01.02/30 - 244/16 - vom 17. Februar 2016).

Die sonstigen Rückstellungen entwickelten sich im Einzelnen wie folgt:

	Stand 1.1.2016	Verbrauch/ Auflösung	Zuführung/ Aufzinsung	Stand 31.12.2016
	€	€	€	€
Urlaubsrückstellungen	646.469,96	646.469,96	612.407,07	612.407,07
Prüfungskosten	18.050,00	18.050,00	25.000,00	25.000,00
Rückstellung für Altersteilzeit	2.679.807,00	1.350.924,00	0,00	1.328.883,00
Rückstellung für unterlassene Instandhaltung	3.823.618,13	3.823.618,13	3.685.000,00	3.685.000,00
Sonstige Rückstellungen	914.370,45	338.516,44	1.114.700,00	1.690.554,01
Summe	8.082.315,54	6.177.578,53	5.437.107,07	7.341.844,08

Bei den Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung handelt es sich um Rückstellungen, die im folgenden Wirtschaftsjahr innerhalb von drei Monaten nachgeholt wurden (§ 249 Abs. 1 Nr. 1 HGB).

Das Honorar für die Jahresabschlussprüfung 2016 beträgt 25.000 €. Im Wirtschaftsjahr 2016 fielen Kosten der WIBERA AG für Steuerberatungsleistungen in Höhe von 7.709,98 € und für andere Bestätigungsleistungen in Höhe von 3.534,30 € an.

¹ Davon entfallen 282.222,00 € auf die Umbuchung zu Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt aufgrund des Mitarbeiterwechsels vom ISB zu anderen städtischen Organisationseinheiten.

² Davon entfallen 164.943,16 € auf die Forderungen gegenüber der Stadt aufgrund des Mitarbeiterwechsels von anderen städtischen Organisationseinheiten zum ISB.

Die Sonstigen Rückstellungen beinhalten ausstehende Rechnungen aus 2016 in Höhe von 1.114.700,00 €.

Bei den Verbindlichkeiten bestehen folgende Restlaufzeiten:

	Gesamtbetrag 31.12.2016	bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr	mehr als 5 Jahre
	(Vorjahr)	(Vorjahr)	(Vorjahr)	(Vorjahr)
	€	€	€	€
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	201.304.809,75 (211.769.564,91)	17.214.054,85 (16.925.706,37)	184.090.754,90 (194.843.858,54)	121.843.953,14 (127.062.813,58)
Erhaltene Anzahlungen	23.243.850,24 (23.382.993,33)	23.243.850,24 (23.382.993,33)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	7.023.808,65 (7.260.652,46)	7.023.808,65 (7.260.652,46)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)
Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt	26.310.375,81 (25.842.815,07)	5.158.900,27 (3.411.503,51)	21.151.475,54 (22.431.311,56)	17.462.429,65 (16.162.162,20)
Sonstige Verbindlichkeiten	2.598.136,56 (2.410.384,59)	2.359.204,98 (2.147.449,70)	238.931,58 (262.934,89)	0,00
Gesamt	260.480.981,01 (270.666.410,36)	54.999.818,99 (53.128.305,37)	205.481.162,02 (217.538.104,99)	139.306.382,79 (143.224.975,78)

In den Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt sind das Darlehen der Stadt für das Technische Rathaus in Höhe von 21.784 T€ (Vorjahr 23.189 T€), Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 1.411 T€ (Vorjahr 1.500 T€) sowie aus der Betriebskostenabrechnung in Höhe von 1.821 T€ enthalten.

Weitere Verpflichtungen zum Bilanzstichtag 31.12.2016 bestehen nicht.

C. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gewinn- und Verlustrechnung 2016 wurde unter Beachtung der Regelungen des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes (BilRUG) erstellt. Um eine Vergleichbarkeit mit 2015 herzustellen, wurden im Anhang die Vorjahreszahlen gemäß BilRUG dargestellt.

Die Umsatzerlöse sind gegenüber dem Vorjahr insgesamt um 5.005 T€ bzw. 4,4 % gestiegen. Im Einzelnen haben sie sich wie folgt entwickelt:

	2016	2015
	€	€
Grundmiete	71.530.068,30	65.611.177,91
Betriebskostenerstattung	19.407.287,22	17.186.265,06
Reinigungsleistungen	12.275.241,31	11.908.828,48
Hausmeisterleistungen	9.529.022,93	9.481.184,26
Zuschüsse für Instandhaltungsmaßnahmen	2.942.333,18	3.072.271,06
Erträge aus Grundstücksveräußerungen	2.972.249,58	6.730.571,11
Sonstiges	859.296,23	520.144,56
Erlöse insgesamt	119.515.498,75	114.510.442,44

Die Erhöhung der Grundmieten (+ 5.919 T€) resultiert im Wesentlichen aus zusätzlichen Mieten für die Unterbringung von Flüchtlingen/Asylbewerbern, Neubauten bzw. für erhebliche Wertverbesserungsmaßnahmen.

Der Anstieg der Betriebskostenerstattungen gegenüber dem Vorjahr (+ 2.221 T€) ist hauptsächlich auf die höheren Aufwendungen für die Unterbringung von Flüchtlingen/Asylbewerbern zurückzuführen.

Den höheren Umsatzerlösen aus Vermietung und Verpachtung stehen höhere Aufwendungen unter der Position Materialaufwand gegenüber.

Die Erträge aus Grundstücksveräußerungen fielen gegenüber 2015 deutlich geringer (- 3.758 T€) aus.

Die Sonstigen betrieblichen Erträge betreffen im Einzelnen:

	2016	2015
	€	€
Erträge aus Auflösung von Rückstellungen	628.153,17	813.271,56
Periodenfremde Erträge	149.639,55	629.273,16
Sonstiges	219.845,14	945.095,00
Erlöse insgesamt	997.637,86	2.387.639,72

Der Materialaufwand fiel gegenüber dem Vorjahr insgesamt um 7.606 T€ höher aus. Die Erhöhung betrifft im Einzelnen:

	2016	2015
	€	€
Instandhaltungsaufwendungen	24.534.052,76	20.755.563,85
Betriebskosten	18.944.860,35	17.619.671,15
Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	6.893.461,99	4.523.377,98
Bezogene Reinigungsleistungen	2.435.450,28	2.205.936,68
Sonstiges	683.004,88	780.554,49
Materialaufwand insgesamt	53.490.830,26	45.885.104,15

Den höheren Aufwendungen für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen stehen entsprechend höhere Umsatzerlöse aus Vermietung und Verpachtung gegenüber.

Der Personalaufwand und die Anzahl der Planstellen entwickelten sich wie folgt:

	Personalaufwand		Anzahl der Stellen	
	2016	2015	2016	2015
	€	€		
Dienstbezüge und Beihilfen für Beamte	2.489.911,44	2.640.199,79	63,0	61,5
Besoldung und Beihilfen für Pensionsempfänger	1.270.645,35	1.077.506,58		
Veränderung Pensionsrückstellungen sowie Rückstellungen für Altersteilzeit für Beamte	2.328.906,00	1.328.028,00		
Vergütung und Sozialbeiträge für Beschäftigte nach TVöD	23.665.309,21	23.575.428,44	489,6	492,1
Veränderung Rückstellungen für Altersteilzeit für Beschäftigte nach TVöD	-1.218.160,00	-601.767,00		
Beiträge Berufsgenossenschaft	129.982,50	136.999,36		
Personalaufwand vor Umgliederung	28.666.594,50	28.156.395,17		
Aufwand aus Aufzinsung von Rückstellungen	-1.254.928,00	-1.199.193,00		
Insgesamt	27.411.666,50	26.957.202,17	552,6	553,6

Der Personalaufwand hat sich gegenüber 2015 insgesamt um 455 T€ bzw. 1,7 % erhöht. Die Anzahl der Stellen verringerte sich um 1,0 Stelle bzw. 0,2 %. Die Erhöhung des Personalaufwands beruht auf der tariflich bedingten Erhöhung sowie auf der gestiegenen Zuführung zu Pensionsrückstellungen. Die Rückstellungen für Altersteilzeit haben sich gegenüber dem Vorjahr deutlich verringert.

Der Aufwand aus der Aufzinsung der Pensionsrückstellung (1.254.928,00 €) wird nicht im Personalaufwand, sondern im Finanzergebnis ausgewiesen.

III. Angaben zum Jahresergebnis

Der Jahresüberschuss 2015 in Höhe von 7.324.831,42 € wurde gemäß Beschluss des Rates der Stadt Bielefeld vom 30.06.2016 wie folgt verwendet:

Einstellung in die Sonderrücklage gemäß § 10 Abs. 3 EigVO NRW zur Herrichtung von Immobilien für Wohnzwecke u.a. zur Unterbringung von Flüchtlingen	6.000.000,00 €
Abführung an den städtischen Haushalt	1.000.000,00 €
Einstellung in die allgemeine Rücklage	324.831,42 €

Der Jahresüberschuss 2016 beträgt 7.873.126,42 €. Hiervon soll der Sonderrücklage gemäß § 10 Abs. 3 EigVO NRW zur Herrichtung von Immobilien für Wohnraumzwecke u.a. zur Unterbringung von Flüchtlingen sowie zur Übernahme der SOLION-Bauten ein Betrag in Höhe von 5,0 Mio. € und für die Sanierung des Ratskellers ein Betrag in Höhe von 1,5 Mio. € zugeführt werden. Von dem verbleibenden Betrag in Höhe von 1.373.126,42 € sollen 1,0 Mio. € planmäßig an den städtischen Haushalt abgeführt werden. Der Restbetrag in Höhe von 373.126,42 € soll der Allgemeinen Rücklage zugeführt werden.

IV. Ergänzende Angaben

A. Zusammensetzung der Organe

Betriebsausschuss:

Name, Funktion	Berufsbezeichnung	Bezüge/ Leistungen
<u>1. Ratsmitglieder</u>		
Herr Holm Sternbacher (Vorsitzender)	Polizeibeamter a.D.	0,00 €
Herr Carsten Krumhöfner (stellv. Vorsitzender)	Geschäftsführer	1.663,47 €
Herr Holger Nolte	Vertriebsbeauftragter für Sonderlöschanlagen	506,90 €
Herr Alexander Rüsing	Unternehmensberater	315,91 €
Herr Werner Thole	Rentner	100,80 €
Herr Erik Brücher	Diplom Pädagoge	0,00 €
Herr Hans-Jürgen Franz	Geschäftsführer	0,00 €
Herr Dr. Michael Neu	Unternehmensjurist	0,00 €
Herr Klaus Rees	Fraktionsgeschäftsführer	437,50 €
Frau Doris Hellweg	Rentnerin	0,00 €
Herr Peter Ridder-Wilkens	Diplom-Sozialarbeiter	0,00 €
Herr Hermann Schoon	Dipl. Ing. Elektrotechnik	241,50 €
<u>2. Sachkundige Bürger</u>		
Herr Hartmut Meichsner	Geschäftsführer i. R.	276,00 €
Frau Regina Klemme-Linnenbrügger (bis 29.09.2016)	Geschäftsführerin	172,50 €
Frau Dorothea Brinkmann (ab 29.09.2016)	Kauffrau	107,70 €
Herr Dieter Gutknecht	Selbständig	871,50€
Herr Dietmar Krämer	Betriebswirt	276,00 €
Herr Johannes Hausmann	Verkaufsleiter	172,50 €

Betriebsleitung:

Name, Funktion	Berufsbezeichnung	Bezüge/ Leistungen
<u>1. Aktive Mitglieder</u>		
Herr Gregor Moss (Erster Betriebsleiter)	Beigeordneter	0,00 € ¹
Herr Jürgen Bültmann (Kaufm. Betriebsleiter)	Beamter	83.158,08 €
Herr Stefan Jücker (Techn. Betriebsleiter)	Tariflich Beschäftigter	93.872,64 €
<u>2. Frühere Mitglieder</u>		
Gesamtbezüge nach § 285 Nr. 9 b) HGB		118.004,41 €

Bei den ausgewiesenen Bezügen und Leistungen handelt es sich ausschließlich um erfolgsunabhängige Komponenten.

B. Sonstige Angaben

Sonstige finanzielle Verpflichtungen gemäß § 285 Nr. 3a HGB bestehen für langfristige Miet- und Pachtverhältnisse sowie für die beauftragten Baumaßnahmen von Gebäuden des ISB insgesamt in Höhe von 75,0 Mio. €.

C. Belegschaft

Während des Berichtsjahres waren durchschnittlich 63 Beamte und 757 Arbeitnehmer nach TVöD (einschließlich Aushilfen) i.S. des § 285 Nr. 7 HGB beschäftigt.

Der Betrieb bedient sich zur Erfüllung der betrieblichen Altersversorgung gegenüber ihren Beschäftigten nach TVöD der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL), Karlsruhe. Im Sinne der betrieblichen Altersversorgung handelt es sich um eine Versorgungszusage bei einer umlagefinanzierten Pensionskasse. Gegenüber den Beschäftigten besteht für den Fall, dass die Versorgungskasse ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen kann, eine Einstandspflicht des Betriebes.

Da die Finanzierung der Versorgungsleistungen der VBL im so genannten Umlageverfahren erfolgt, bestehen Unterdeckungen für zukünftige Versorgungslasten. Nach Auffassung des HFA des IDW (Hauptfachausschuss des Instituts der Wirtschaftsprüfer) liegt bei dieser Art der Zusatzversorgung eine mittelbare Pensionsverpflichtung vor, für die nach Art. 28 Abs. 1 Satz 2 EGHGB ein Passivierungswahlrecht besteht.

¹ Die Bezüge werden insgesamt von der Stadt Bielefeld und nicht vom ISB bezahlt, deshalb erfolgt hier keine Angabe.

Der Gesamtumlagesatz der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) betrug im Berichtsjahr durchschnittlich 7,96 % des versorgungsfähigen Entgelts. Davon trug der Arbeitgeber einen Anteil von 6,45 %, der Eigenanteil der Arbeitnehmer lag durchschnittlich bei 1,51 %. Ferner übernahm der Arbeitgeber die darauf entfallende pauschale Lohnsteuer zzgl. Solidaritätszuschlag und Kirchensteuer bis zu einem steuerlichen Höchstbetrag von 92,03 € monatlich.

Die Summe der umlagepflichtigen Bezüge lag 2016 bei rund 18,9 Mio. €. Davon entfiel auf den Arbeitgeber ein Gesamt-Umlageaufwand in Höhe von 1,2 Mio. €. Der Umlage-Eigenanteil der Arbeitnehmer lag bei 0,3 Mio. €.

Der Jahresabschluss des Immobilienservicebetriebs der Stadt Bielefeld wird in den Gesamtabschluss der Stadt Bielefeld einbezogen.

D. Nachtragsbericht

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung traten im Rahmen der Abschlussarbeiten nach Schluss des Wirtschaftsjahres nicht auf.

Bielefeld, den 31. März 2017

Immobilien-servicebetrieb der Stadt Bielefeld

Betriebsleitung


Gregor Moss
Erster Betriebsleiter


Jürgen Bültmann
Kaufmännischer Betriebsleiter


Stefan Jücker
Technischer Betriebsleiter

